

Digitale Transformation in den Kantonen

Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung

Tagung Bundesinformatik 2018

Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident der KdK

Inhaltsübersicht



01 Einführung: Kantone und digitale Verwaltung

02 Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung

03 Schlussfolgerungen und Ausblick

01

Einführung: Kantone und digitale Verwaltung

Herausforderungen aus Sicht der Kantone

- gemeinsames Grundverständnis für das Thema Digitale Verwaltung
- konsequente Umsetzung des "Digital first" – Prinzips
- Kohärente Gesamtarchitektur mit gemeinsamen Basisinfrastrukturen und Schnittstellen
- Klärung der Rolle von Bund, Kantone und Gemeinden
- Stärkung der Staatsebenen übergreifenden Zusammenarbeit

Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich E-Government

- E-Government-Strategie 2007
- Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung von 2008–2011 und 2012–2015
- E-Government-Aktionsplan (2012–2015)
- Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government Zusammenarbeit in der Schweiz (2016–2019)

Jüngste Entwicklung

- Unterzeichnung der Tallinn Declaration durch Bundesrat
- "E-Government / Digitalisierung" als neues Schwerpunktthema der KdK
- Gründung von eOperations Schweiz AG

02

Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung

Stellenwert der Leitlinien

- Gemeinsames Grundverständnis der Kantone
- Orientierungsrahmen mit empfehlendem Charakter
- Grundlage für Schlussfolgerungen der Kantone für Weiterentwicklung E-Government Strategie Schweiz

Flughöhe

Charta / Manifest

1-3 Seiten

4.4 E-Government und E-Health

4.4.1 Ein System für ein sicheres und benutzerfreundliches Identitätsmanagement steht schweizweit zur Verfügung

Informationssysteme der öffentlichen Verwaltung und im Gesundheitsbereich müssen vor Missbrauch geschützt werden. Schutz bedeutet, nur berechtigten Benutzerinnen und Benutzern den Zugriff auf ein IT-System zu erlauben und gleichzeitig Zugriffsversuche von Nichtberechtigten zu verhindern. Die Benutzer- und Sicherheitsverwaltung ist aufwendig: Die Nutzerinnen und Nutzer müssen sich bei jeder Organisation, mit der sie elektronisch verkehren, separat registrieren, und die Zugriffsrechte müssen festgelegt werden. Die Zugangsdaten sind jeweils nur für diese eine Organisation anwendbar. Es gilt, auf der Basis von internationalen Standards eine sichere, barrierefreie und benutzerfreundliche digitale Lösung für den schweizweiten Nachweis von Identitäten zu erarbeiten. Diese definiert die technischen und organisatorischen Massnahmen, die nötig sind, damit Benutzerinnen und Benutzer in der Lage sind, sich einmal bei einer Organisation erfolgreich zu identifizieren und einzuloggen und dann auch die Leistungen weiterer Organisationen nutzen zu können, ohne dass diese Sicherheitseinbussen erleiden.

4.4.2 Bevölkerung und Wirtschaft können ihre Behördengeschäfte schweizweit digital abwickeln

Die Verwaltung muss den technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrer Tätigkeit und insbesondere in der Interaktion

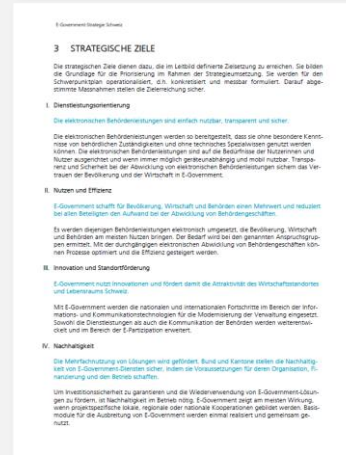
Beispiel: Strategie Digitale Schweiz

- Formulierung von Grundsätzen und allgemeinen Zielen
- Zielpublikum tendenziell die Öffentlichkeit

Fokus des Projekts

Leitlinien

5-10 Seiten



Beispiel: E-Government Strategie Schweiz

- Formulierung von strategischen Stossrichtungen zur Umsetzung
- Formulierung inhaltlicher Ziele und institutioneller Aspekte für die Umsetzung
- Zielpublikum tendenziell Führung Exekutive



Strategie mit Umsetzungsplanung

+20 Seiten



Beispiel: E-Government Strategie Kanton Aargau

- Formulierung von Strategie, operationalisierbaren Zielsetzungen und Massnahmen
- Konkrete Umsetzungsorganisation und Finanzierung

Projektorganisation

Steuerung: Politische Begleitgruppe

- Staatsrat Norman **Gobbi** TI, Vertreter KdK, Vorsitz
- Regierungsrat Marcel **Schwerzmann** LU, Steuerungsausschuss E-Gov CH
- Staatsrat Pierre **Maudet** GE, Steuerungsausschuss E-Gov CH
- Staatsschreiber Rainer **Gonzenbach** TG, Steuerungsausschuss E-Gov CH
- Frau Landammann Maya **Büchi-Kaiser** OW, Vertreterin FDK

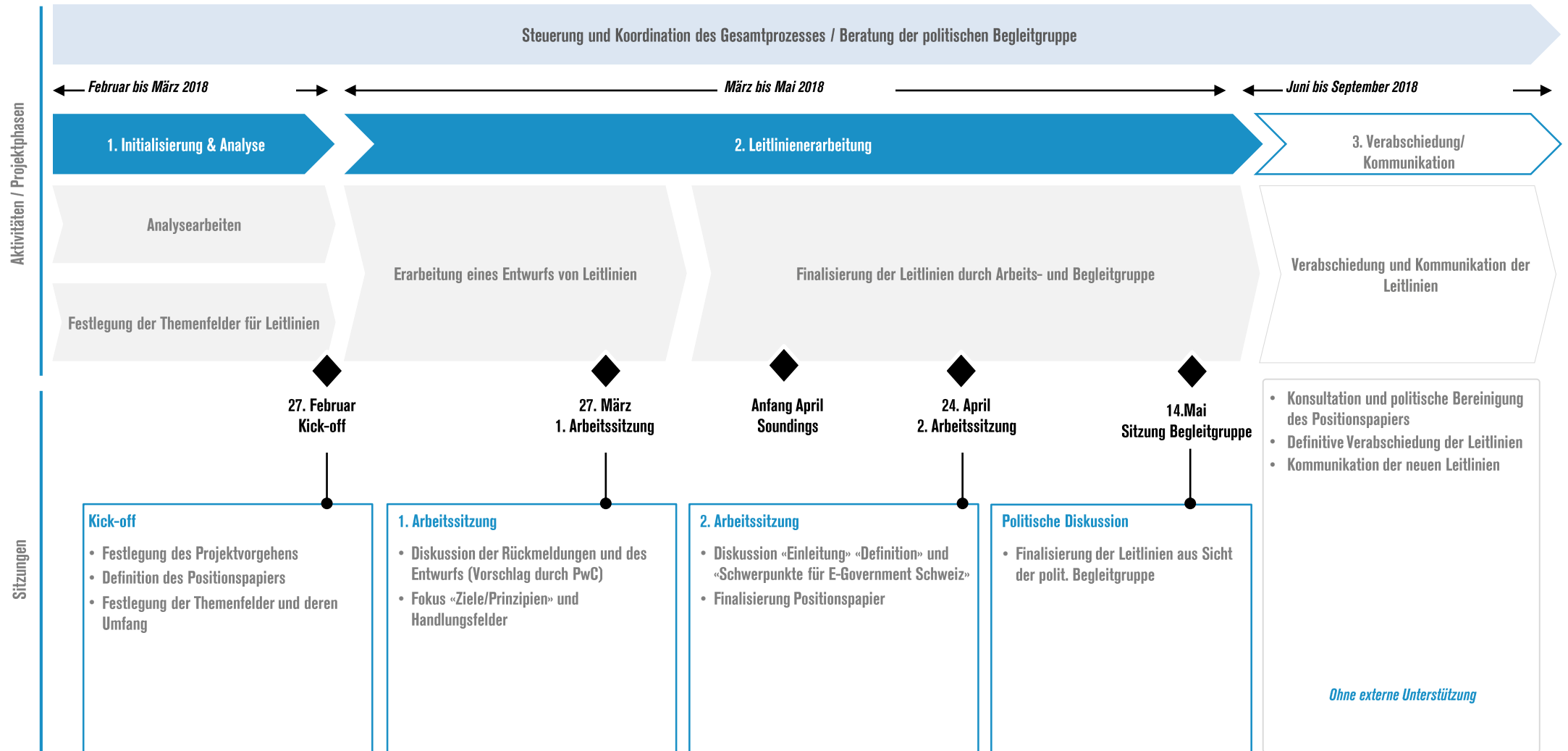
Inhaltliche Begleitung: Technische Arbeitsgruppe

- Thomas **Minger**, KdK, Vorsitz
- Kantonale Delegation im Planungsausschuss E-Government Schweiz (Peppino **Giarritta** ZH, Stéphane **Schwab** FR, Silvano **Petrini** TI, Philippe **Hatt** VS)
- Vertretung der SIK, div. Direktorenkonferenzen (Kathrin **Huber** GDK, Urs **Jermann** SIK, Matthieu **Lachat** JU/FDK, Michel **Rohrbach** EDK, Claudio **Stricker** KKJPD)
- Kommunale Vertreter (Roland **Brechbühl** Stadt Bern/SSV und Peter **Scholl** Gemeinde Moosseedorf/SGV)
- Cédric **Roy**, Government Schweiz
- Dieter **Tschan**, E-Government-Koordinator Bund
- Sekretariat (Nadine **Eckert** KdK)

Inhaltlicher Input

- Externe Experten von PwC (Gustav **Baldinger**, Bogdan **Sutter**, Fabian **Vögeli**, Sebastian **Singler**) sowie Alt RR Andreas **Rickenbacher** als Externer Contractor
- Geschäftsstelle E-Government Schweiz (gestützt auf Diskussionen im Planungs- und Steuerungsausschuss im Frühjahr 2018)
- Projektorganisation

Erarbeitungsprozess



Digitale Verwaltung

E-Government

Beispiel: Frühere E-Government Strategien der Kantone

- Bereitstellung von elektronischen Behördenleistungen für Bevölkerung und Wirtschaft durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien.
- *Fokus: Prozesse und ICT-Technologien*

Fokus des Papiers / Leitlinien

Digitale Verwaltung (gem. Definition der OECD)

*Beispiel:
Tallinn Declaration*

- Im Sinne von „Digital Government“, gemäss der Definition der OECD
- Modernisierung der Verwaltung mit digitalen Technologien und neuen Geschäftsmodellen mit dem Ziel einen Mehrwert («public value») für Bevölkerung und Wirtschaft zu schaffen
- *Fokus: Verwaltungsmodernisierung durch Organisation, Kultur und digitale Technologien*



Digitale Agenda

*Beispiel:
Strategie Digitale Schweiz*

- Digitalisierung der Gesellschaft, Wirtschaft und Staat zur Sicherung und Verbesserung der Wohlfahrt
- *Fokus: Gesamte Gesellschaft (u.a. Bildung, Verkehr)*

Übergeordnete Ziele zur Digitalen Verwaltung

1. Digital First für Bevölkerung und Wirtschaft

Die digitale Interaktion mit der Verwaltung wird aufgrund des hohen Kundennutzens gegenüber analogen Angeboten (d.h. Effizienz und Nutzerfreundlichkeit) zur ersten Wahl für Bevölkerung und Wirtschaft (government-to-citizen / government-to-business).

2. Durchgängige Digitalisierung der Verwaltung

Zur Effizienz- und Qualitätssteigerung ist die Aufgabenerfüllung bzw. Leistungsabwicklung innerhalb und zwischen den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden durchgängig digitalisiert (government-to-government).

Prinzipien I



Fokus auf Kundennutzen („Customer Experience“)

Besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Anspruchsträger entwickeln



Digital Awareness

Bekanntheit von digitalen Angeboten fördern



Once-Only und No-stop Government

Verwaltungsgeschäft mit der Bevölkerung sowie Unternehmen vereinfachen

Prinzipien II



Vertrauen, Sicherheit und Datenhoheit

Bevölkerung und Unternehmen verwalten ihre persönlichen Daten sicher elektronisch



Interoperabilität & Innovationsfähigkeit

Kantone verankern eine Innovations- und Zusammenarbeitskultur

Sechs Handlungsfelder

- Leitgedanken und Handlungsbedarf für das Erreichen der übergeordneten Ziele
- Werden jeweils ergänzt durch Handlungsansätze, die Handlungsbedarf konkretisieren und adressieren
- Handlungsfelder gleichwertig und z.T. voneinander abhängig
- Reihenfolge keine Priorisierung



1. Zusammenarbeit und Steuerung fokussieren und wirkungsvoller gestalten

- Ressourcen bündeln, Verantwortlichkeiten festlegen und Rollenverständnis schaffen
- Rolle der Kantone, des Bundes und der Gemeinden klären
- Übergreifende Zusammenarbeit Bund, Kantone und Gemeinden stärken
- Schaffung geeigneter Finanzierungs- und Betriebsmodelle



2. Rechtssetzungs- und Regulierungsbedarf identifizieren und umsetzen

- Überprüfung und Analyse
- Transparenz und Übersicht
- Expertise und Ressourcen
- Kantonsübergreifender Rechtssetzungsbedarf



3. Digitale Kultur, Kompetenzen und Arbeitswesen etablieren

- Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer
- Gezielter gebündelter Kompetenzaufbau
- Stufengerechte Befähigung der Mitarbeitenden und (Fach-)Kader für die Digitalisierung
- Kulturwandel und institutionelle Verankerung der Digitalisierung
- Partizipative Politikgestaltung



4. IT-Sicherheit stärken

- Engere und interdisziplinäre Zusammenarbeit
- Relevanz der IT-Sicherheit in der Politik
- Sensibilisierung der Anspruchsgruppen
- Gemeinsame Stärkung der Kompetenzen



5. Interoperabilität und Wiederverwendung von digitalen Lösungen fördern

- Strukturen, Ressourcen und Grundlagen für die Wiederverwendung und gemeinsame Nutzung von Lösungen verbessern
- Gemeinsame Terminologie und Architektur
- Verbindliche Standards
- Wissens- und Erfahrungsaustausch
- Umgang mit dem Beschaffungsrecht

6. Daten als strategische Ressourcen nutzen und Vertrauen in deren Nutzung schaffen

- Neue Nutzungsbereiche
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit
- Schlüsseldaten, Gemeinsame Datenplattformen, Verantwortlichkeit
- Umsetzung "Once-Only-Prinzip" und strategische Datennutzung
- Datenhoheit, Aufklärung, Transparenz der Datennutzung, Datenschutz und -sicherheit

03

Schlussfolgerungen und Ausblick

Schlussfolgerungen

- Kantonsregierungen streben eine stärkere Rolle von E-Government Schweiz zur Förderung und Koordination der Anstrengungen zur digitalen Weiterentwicklung der Verwaltung an.
- Der Auftrag und die Aufgabenbereiche von E-Government Schweiz sollen daher überprüft und die gemeinsamen Strukturen entsprechend angepasst werden.

Prioritäten aus Sicht der Kantone I

- Kartografie der Akteure und Verantwortlichkeiten
- Regulierungs- und Rechtssetzungsagenda
- Gemeinsam genutzte Basisdienste, Applikationen und Dienstleistungen

Prioritäten aus Sicht der Kantone II

- Finanzierungs- und Betriebsmodelle
- Datenhaltung und Datenhoheit
- Grundverständnis, Wissen und Kompetenzen
- Partizipative Politikgestaltung

Ergebnisse der Konsultation der Kantone (Mai-Juli 2018)

- Digitale Verwaltungsmodernisierung hat bei den Kantonen einen hohen Stellenwert
- Politische breit abgestützte Haltung der Kantone zur Digitalen Verwaltung liegt vor
- Leitlinien und inhaltliche Stossrichtung werden von der Kantonsregierungen begrüsst

Ausblick

- KdK-Plenarversammlung vom 27.9.2018: Verabschiedung der Leitlinien
- Anschliessend: gemeinsame Arbeiten mit dem Bund zur Weiterentwicklung der E-Government Strategie Schweiz
- Bündelung der vertikalen Zusammenarbeit im Bereich E-Government / Digitalisierung

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Merci pour votre attention!

Grazie per l'attenzione!

Engraziels fetg!

Haus der Kantone
Maison des cantons

Speichergasse 6 | Postfach | CH-3001 Bern
Speichergasse 6 | Case postale | CH-3001 Berne

mail@kdk.ch | www.kdk.ch
mail@cdc.ch | www.cdc.ch

t + 41 (0) 31 320 30 00
f + 41 (0) 31 320 30 20